

Thörner Zeitung.



Begründet 1760.

Redaktion und Expedition Bäckerstr. 39.

Fernsprech-Anschluß Nr. 75.

Erscheint wöchentlich sechs Mal Abends

mit Ausnahme des Sonntags.

Als Beilagen: „Illustrirtes Sonntagsblatt“ u. das bunt illustrierte

Wochblatt „Thörner Lebendes.“

Abonnement-Preis für Thorn und Vorstädte, sowie für Pod-

gorz, Mocker und Culmsee frei ins Haus vierthalbjährlich 2 Mark.

Bei allen Postanstalten des deutschen Reiches 2 Mark.

zeigen-Preis: Die gespaltene Corpus-Zeile oder deren Raum
10 Pf. — Annahme bei der Expedition und in der Buchhandlung
Walter Lambeck, Fernsprech-Anschluß Nr. 81, bis zwei Uhr Mittags.
Für Moder bei Herrn Werner, Lindenstr. 12 für Podgorz bei Herrn
Grahaw und Herrn Kaufmann R. Meyer, für Culmsee in der Buch-
handlung des Herrn E. Baumann.
Auswärts bei allen Annoncen-Expeditionen.

Nr. 40.

1894.

Sonnabend, den 17. Februar

II Unsere Kolonialpolitik.

Der Stand der deutschen Kolonialpolitik hat bei den soeben abgeschlossenen Verhandlungen der Budgetkommission des Reichstages über den Kolonialetat wieder einmal eine eingehende Erörterung und gleichzeitig eine scharfe absäßige Kritik erfahren. Die letztere knüpfte an verschiedene unliebsame, ja zum Theil bejähliche Vorgänge der jüngsten Zeit in unseren Schutzgebieten an, Vorkommnisse, die allerdings auf manche Züge in der deutschen Kolonialverwaltung kein erfreuliches Licht werfen. So haben die Beteiligung Hamburger Firmen am Sklavenhandel in Ostafrika, die sich unter den Augen des kaiserlichen Gouverneurs erfolgte, ferner verschiedene bureaukratische Maßnahmen desselben, weiter das Regime des stellvertretenden Gouverneurs von Kamerun, des Kanzlers Leist, dem die Verantwortung für die Revolte der Kameruner Polizeitruppe zur Last gelegt werden muß, dann der in Folge der fortgesetzten Räuberüberschreitungen des deutschfeindlichen Häuptlings Hendrik Witboi höchst unerquicklich gewordene Stand der Dinge in Deutsch-Südwestafrika eine mehr oder weniger herbe Verurteilung erfahren. Man steht hier einer ganzen Reihe unlängst bedenklicher Missgriffe in unserer Kolonialverwaltung gegenüber, die nicht lediglich auf die Ungeschicklichkeit und unbegreifliche Kurzsichtigkeit von maßgebenden Persönlichkeiten zu schließen sind, sondern welche theilweise offenbar mit dem neuen System zusammenhängen, das seit einer Zeit in unserer Kolonialpolitik vorbereitend geworden ist.

Die Ursache der geringen Erfolge der Kolonialpolitik Deutschlands in letzter Zeit wurzelt in der Mode gewordenen bureaukratischen Behandlung der kolonialen Fragen, die nach verschiedenen Richtungen hin deutlich in die Augen springt. Mehr und mehr ist in der deutschen Kolonialverwaltung eine hierarchische Beamtenversammlung aufgetreten, die nur ein Hemmrich für eine geistige Entwicklung der deutschen Kolonien sein kann, in ihnen sind doch die Verhältnisse himmelweit von denen im Mutterlande verschieden. Es ist in den leitenden Kreisen von Berlin förmlich die Sucht aufgenommen, unsere heimischen, militärischen und bureaukratischen Vorstellungen nach den Kolonialgebieten zu übertragen und dort Leute schalten und walten zu lassen, die in der deutschen Heimat vielleicht ganz gut an ihrem Platze sind, welche sich aber für ihren neuen Wirkungskreis ganz und gar als ungeeignet erweinen, einfach, weil ihnen hier Land und Menschen vollkommen fremd sind. Namentlich in Afrika haben die Berliner Kolonialpolitiker in dieser Beziehung die merkwürdigsten Dinge fertig bekommen, erfahrene alte „Afrikaner“, wie Bismarck, Bismarck-Peters, Schmidt und noch andere sind mehr und mehr ins Hintertreffen gerathen, an ihrer Stelle machen sich in der Verwaltung und Organisation der deutschen Theile Afrikas Persönlichkeiten in immer größerer Zahl bemerkbar, die von afrikanischen Verhältnissen häufig kaum einen „Durst“ besitzen und infolge dessen Fehler über Fehler begehen; nachher wundern sich die Herren am grünen Tisch in Berlin, daß es in den Kolonien gar nicht mehr vorwärts gehen will!

Soll also in der bisherigen unerquicklichen Entwicklung der kolonialen Dinge eine entschiedene Wendung zum Besseren eintreten, so muß vor allem mit der in der Kolonialverwaltung eingerissenen bureaukratischen und schablonistischen Methode gebrochen werden. Weniger Gardesleutnants und weniger Assessoren

gehören in unsere Kolonien, dafür wieder mehr die Männer der praktischen kolonialen Erfahrung und Verdienste, Leute, welche mit afrikanischen und australischen Verhältnissen und Menschen vertraut sind und die, wenns Noth thut, die rechte „Schneid“ zur rechten Zeit zu entfalten wissen. Eine Reform in der Verwaltung unserer Kolonialpolitik muß nach der angedeuteten Richtung hin unbedingt eintreten, nachher wird man dahetm zuversichtlich auch wieder Erfreuliches aus den Kolonien vernehmen, während man sich jetzt immer nur auf Hoibsposten von dorther gefasst machen muß.

Selbstverständlich kann aber von einem Verzicht Deutschlands auf die eingeleitete Kolonialpolitik, welcher auch gegenwärtig wieder von ihren radikalen Gegnern angeregt wird, keine Rede sein. Schon die Rücksicht auf die nationale Würde und auf das Ansehen des deutschen Reiches im Ausland würde einen derartigen Schritt verbieten, außerdem wären ja die vielen Millionen, welche Deutschland in seine kolonialen Unternehmungen schon gestellt hat, als dannrettungslos verloren, und doch sollen uns diese Kapitalien einst noch reichlich Zinsen bringen. Jedenfalls kann man die alten verbrauchten Gründe gegen jede Kolonialpolitik Deutschlands getrost auf sich berufen lassen, aber die deutsche Regierung wird gut thun, durch eine veränderte Richtungslinie ihrer Kolonialpolitik auch der berechtigten Kritik derselben endlich zu begegnen.

Deutsches Reich.

Die Majestäten bestätigten am Donnerstag Vormittag die der Vollendung entgegengehende Lutherkirche und nahmen sodann im Atelier des Prof. Herter die Skizzen der für die „Lange Brücke“ in Potsdam bestimmten Soldatenfiguren in Augenschein. Im Schlosse nahm der Kaiser nach der Rückkehr die Vorträge des Kriegsministers und des Geh. Kriegsraths Lehmann entgegen und arbeitete mit dem Chef des Militärkabinetts. Mittags fuhr der Kaiser nach Potsdam, nahm dort im Offizierskasino des Leib-Husarenregiments an der Tafel Theil und besuchte Abends nach der Rückkehr die Vorstellung im deutschen Theater.

Der Bundesrat des deutschen Reiches hielt am Donnerstag in Berlin eine Plenarsitzung ab, in welcher der Handelsvertrag mit Russland entgegengenommen und kleinere Sachen verhandelt wurden. Die prinzipielle Annahme des Vertrags ist heute selbstverständlich, er dürfte aber erst in nächster Woche an den Reichstag kommen, weil vorher die Frage der preußischen Staffelltarife erledigt werden soll, deren Aufhebung bei Annahme des Handelsvertrages Bayern, Sachsen und andere Staaten dringend wünschen, während der preußische Eisenbahminister Dr. Thielen davon allerdings wenig erbaut ist. Man glaubt aber doch nicht, daß bei der nicht zu bezweifelnden Aufhebung der Staffelltarife für Getreide der Minister deshalb aus seinem Amt scheiden wird. Ein Ersatz wäre nicht leicht.

Die Petitionskommission verhandelte eine Reihe von Petitionen betr. Revision des Alters- und Invaliditätsgez. Der Regierungsvertreter erklärte, daß die Angelegenheit bereits den Bundesrat beschäftige. Im Reichsamt des Innern sei man bereit, in eine Erwägung, wie den Uebelständen abzuholzen sei, mit der Maßgabe einzutreten, daß vor allem am Markensystem nichts geändert, dagegen bezüglich der mancherlei Unbequemlichkeiten

machen können. Diesem Programm gemäß hatte ich mich früher als es wohl andere in meiner Lage vermocht hätten, sozial unabhängig gemacht, und, darf ich wohl hinzufügen, es ist mir mit der Götter gnädigem Beistand gelungen, das hohe Gut mein ganzes spätere Leben hindurch bis auf den heutigen Tag zu bewahren. Nie habe ich jemand zu befehlen gehabt, daß aber auch niemand gehorchen müsse. Ebenso wenig hatte ich auch mein eigener Sklave sein wollen, und wo und wann ich es doch im Banne der Leidenschaften gewesen war, es als eine meiner unwürdige Schwäche schmerzlich empfunden. Waren doch die „Problematischen Naturen“, wenn ich es recht bedenke, nur in der Absicht unternommen, mir den lästigen, wankelmütigen Gefährten, der mir meine soliden Kreise störte, ein für alle Mal vom Halse zu schreiben!

Gerade aber bei Abfassung dieses Romans, des ersten größeren, den ich unternahm, war mir der innige Zusammenhang, in welchem das Individuum mit der Gesamtheit steht, und auf den ich früher kaum geachtet hatte, zu klarerem Bewußtsein gekommen: Die ungeheure Bedeutung des Milieu, wie man heute sagen würde; die Erkenntnis, daß der Mensch nicht wie ein Meteorstein aus dem Himmel fällt, sondern inmitten ganz bestimmter familiärer, sozialer, ökonomischer, politischer Bedingungen aufwächst, die man verstehen muß, wenn man verstehen will, wie er denn nun gerade so und nicht anders geworden ist.

So war auch das Ende meines Romanhelden auf den Berliner Barricaden der achtundvierzig Märztage kein willkürliches, nur, um der Sache ein Ende zu machen, gewaltjam herbeigezogenes, sondern der logische, mit dem ersten Federstriche gesetzte Schluss des Ganzen. Für den Helden definitiv genug; für seine Helfershelfer freilich kein freudend Feuer.

Ich gebe zwar zu: War dies schon ein politisches Programm, so glich es besten Falles einem Porträt, von dem der Künstler nur eben erst die Umrisse gezogen hat, während das Detail der Büge noch auf sich warten läßt, und, je nachdem es aussäfft, ein ideales Bild, vielleicht auch eine Frage zu Stande kommt. Indessen wird man nach dem Gesagten schon eher die ungeheure

des Klebens u. s. w. Erleichterung geschaffen werde. Den Termin für den Rentenempfang auf das 60. oder 50. Jahr hinaufzurücken, werde nicht angehen. Die Kommission überwies die Petitionen dem Reichstag als Material.

Die Wahlprüfungskommission des Reichstages hat die Wahl des Abg. Greiß (Centr. Köln) beanstandet und beim Reichskanzler Erhebungen über die im Protest behaupteten Thatshäfen beantragt.

Die Budgetkommission des Reichstags setzte am Donnerstag die Berathung des Militärtats fort. Zur baulichen Unterhaltung der Magazingebäude etc. werden statt der geforderten Summe von 970 311 M. nur 500 000 M. bewilligt. Für Bekleidung und Ausrüstung der Truppen werden 24 527 736 M. verlangt. Auf Anfrage des Abg. Hannacher (atl.) erwidert der Kriegsminister, daß der Kaiser die Vorschläge genehmigt habe, das Gepäck der Infanterie um 13—14 Pro. zu erleichtern. Ferner erklärt der Minister auf Anfrage des Abg. Richter (frs.), daß die neuen Grenadiermützen des 1. Garderegiments nicht aus mattem Silber, wie es hieß, sondern aus Aluminium bestehen. Das Kapitel wird hierauf genehmigt. Für Garnison-Bewaltungs- und Serviseweise sind 40 747 122 M. ausgesetzt. Eine längere Debatte knüpft sich an die im Kapitel geforderten 6 823 815 M. zur baulichen Unterhaltung, Neubauten etc. Die Debatte und Abstimmung über die Posten wurde vertagt.

Regelung der Braunschweiger Thronfolge. Seit einigen Tagen ist ein bisher allerdings nicht genügend verbürgtes, aber, wie man der „W. Btg.“ aus Hannover schreibt, glaubhaft erscheinendes Gerücht aufgetreten, nach welchem die endgültige Regelung der Braunschweiger Thronfolge zwischen dem Kaiser und dem Herzog von Cumberland erfolgt sein soll. Wie es heißt, will der Herzog seine Rechte an seinen ältesten Sohn, den Prinzen Georg Ludwig abtreten, der zunächst von Stern d. J. ab in Dresden erzogen werden, dann später in die preußische Armee eintreten und nach erlangter Volljährigkeit den Thron in Braunschweig unter vollständiger Verzichtsleistung auf Hannover einnehmen soll. Dieses Ascomen soll der eigenen Initiative des Kaisers zu verdanken sein, jedenfalls ist der Gedanke, den eventuellen Thronfolger in völlig deutsch-nationaler Weise erziehen und ausbilden zu lassen, ein glücklicher. Daß derselbe dann später die Erwartung rechtfertigt und vorbehaltlos auf seine Ansprüche auf Hannover verzichtet, darf freilich nicht als sicher betrachtet werden.

Die Verhandlungen der Währungs-Enquete-Kommission werden voraussichtlich doch unter Vorsitz des Staatssekretärs des Reichsschatzamts stattfinden. Vom Reichsschatzamt wird den Verhandlungen Geh. Reg.-Rath v. Glasenapp als Kommissar beiwohnen.

Flüchtig geworden ist aus Berlin der anarchistische Buchdruckereibesitzer W. Werner. Gegen denselben, der kürzlich zu 6 Monaten Gefängnis verurtheilt wurde, schwebten noch mehrere Prozeße, die ihm zusammen vielleicht mehrjährige Gefängnisstrafen eingetragen hätten.

Von der Marine. Der Kommandant des Schulschiffs „Gneisenau“, Kap. z. S. Stubenrauch, ist zum Kommandante von Helgoland, die Korvetten-Captaine Credner, v. d. Gröben, Büllers, Götz, Meiss sind zu Kommandanten der Kriegsschiffe Marie,

Wichtigkeit würdigen können, welche für mich, der ich solche Gedanken hegte und mich mit solchen Plänen trug, der tägliche Kontakt und intime Verkehr mit Männern haben mußte, die an der Realisierung bestimmter politischer Absichten mit Aufstehen ihrer ganzen Kraft arbeiten.

Das Beschämende, in einem Alter, für das eine gewisse Reife in allen, auch in politischen Dingen obligatorisch ist, als ein auf diesem Felde völliger Neuling in die Gesellschaft von Sachverständigen zu gerathen, wurde in meinem Falle durch zwei Umstände beträchtlich abgemindert: durch die vollen Urbanität meiner Kollegen, die mich die Unzulänglichkeit meiner politischen Bildung niemals fühlen ließ, und dadurch, daß die feindlichen Mächte, gegen die ich im Roman auf meine Weise ankämpfte, dieselben waren, mit denen diese Männer in erbitterter, durch keinen Gottesfrieden unterbrochener Fehde lagen.

Einer Fehde, in welcher für sie und ihre Partei „viel Ehre“ zu holen war, wenn die Größe der Ehre nach der Zahl und Macht der Feinde berechnet werden durfte. War doch die „Beitung für Norddeutschland“ im Königreich Hannover, wenn nicht das alleinige, so doch das stärkste journalistische Volkwerk gegen die Reaktion unter dem blinden König und seinem kurzsichtigen, allmächtigen Minister! Ach, und wie klein war die Schar, die sich das Volkwerk zu Schutz und Trost errichtet hatte, und immer wieder Hand anlegen, d. h. tief in die Tasche greifen mußte, damit es nicht zerbröckelte! Ich hatte schnell Einsicht in diese leidigen Verhältnisse gewonnen, denn, wie der Freund meiner sämmtlichen Kollegen, war ich auch alsbald der des Verlegers, eigentlich nur Administrators der Zeitung geworden: eines liebenswürdigen, alten jüdischen Herrn, der nur von revalenta arabica und der täglichen und nächtlichen Sorge um das ihm anvertraute Blatt sein zieladniges Dasein zu fristen schien. Wie oft habe ich bei ihm auf dem harten Sofa gesessen, während er, das fahle Köpfchen mit den durchsichtigen, kleinen Händen reibend, in dem dürrstig ausgestatteten Zimmer umherraunte, einmal über das andere verzweiflungsvoll rufend: „Lieber Freund, ich sage Ihnen, wir können uns nicht halten! Wir können uns nicht halten!“ (Schluß folgt in der Sonntagsbeilage.)

Erinnerungen aus meinem Leben.

Von Friedrich Spielhagen.

(Nachdruck verboten.)

(1. Fortsetzung.)

Bon der „grauen Ecke Politik“ zu sprechen, ist jetzt landläufig. Als ob die Politik nicht nur dann eine Grauengeschichte sei, wenn sie, wie leider heute allzuoft, nichts anders ist und sein will, als der Schachter hinüber oder herüber um ganz banausische, ganz materielle und persönliche Interessen! Als ob es nicht höchste Pflicht und freudigster Stolz des vollen Menschen wäre, für die Gesamtheit, der ihn das Schicksal zugethieilt hat, nach besten Kräften zu sinnen und zu schaffen! Wehe dem Gemeinwesen, dessen Bürger nicht eimüthig dieses Sinnes sind, — es wird nicht lange seinem Namen entsprechen! Wehe dem Bürger, der aufwächst, ohne daß dieser Sinn auf jede Weise in ihm genährt und gepflegt wird, — er wird auf seinen höchsten Ehrentitel in Wahrheit keinen Anspruch machen dürfen!

Soll also in der bisherigen unerquicklichen Entwicklung der kolonialen Dinge eine entschiedene Wendung zum Besseren eintreten, so muß vor allem mit der in der Kolonialverwaltung eingerissenen bureaukratischen und schablonistischen Methode gebrochen werden. Weniger Gardesleutnants und weniger Assessoren

und doch war jener mein politischer Schlummer nur einer mit halb offenen Augen gewesen. Ohne daß es mir bewußt geworden wäre, hatte ich, was von dem Treiben auf dem politischen Markt mir irgend näher gekommen war, in meiner Weise scharf genug beobachtet und ganz gewiß war ich, so lange ich denken konnte, ein Schwärmer für die Freiheit gewesen, wie ich sie eben verstand. Vorstet als persönliche freie Selbstbestimmung, die unmöglich ist, so lange andere Personen uns unter die Macht ihres Willens beugen, ja, nur ihren Einfluss auf die Richtung des von uns einzuschlagenden Weges in bedeutender Weise geltend

Seeadler, Pfeil, Karola und Wacht ernannt worden. — Anlässlich der Niederwerfung der Meuterei in Kamerun erhielten Kapitänleutnant Reinke den Roten Adlerorden 4. Klasse, die Lieutenanten z. S. Deimling und von Koschembahr den Kronenorden 4. Klasse mit Schwertern.

Die Tabaksteuer. Ein süddeutsches Tabakinteressentenblatt verbreitet die Nachricht, es werde die Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs geplant, der die Einführung einer Umsatzsteuer für Tabaksfabrikate beziehe. Die „R. A. Ztg.“ versichert dem gegenüber aufs Positivste, daß an dem System des dem Reichstage vorliegenden Gesetzentwurfs unter allen Umständen festgehalten wird. —

Parlamentsbericht.

Deutscher Reichstag.

50. Sitzung vom 15. Februar.

Das nur sehr schwach besetzte Haus setzt die Beratung des Poststaats bei dem Extraordinarium fort.

Bei dem Titel „Dienstgebäude in Dt. Krone“ bringt Abg. Schmidt-Warburg (Cir.) die Kostenbelastung der Postneubauten wieder zur Sprache; in anderen Verwaltungen schwante man sich viel mehr ein. Die Position steht sehr gut noch auf ein Jahr zurückgestellt werden.

Direktor Fischer begründet die Forderung mit der Baufälligkeit des jetzigen Postgebäudes in Dt. Krone und wird dabei durch den Abg. Gamp (Rp.) unterstützt.

Abg. Müller (freis. Bp.) will sich dieser Position nicht widersetzen, stimmt aber dem, was Abg. Schmidt über die kostspieligen Postbauten im Allgemeinen gesagt hat zu.

Abg. Schmidt-Warburg (Cir.) weist nochmals darauf hin, wie besonders in der preußischen Justizverwaltung aller Luxus bei Bauten vermieden würde und daß die Postverwaltung sich davon ein Beispiel nehmen könne.

Abg. Hammacher (nati.) ist für die Bewilligung des Titels und meint, Bergleiche zwischen verschiedenen Verwaltungen solle man überhaupt nicht ziehen, da bei den einzelnen Rechtsformen die Beziehungen nicht gleich seien. Es wäre nur zu billigen, wenn die Postverwaltung sich bei ihren Bauten etwas nach dem Geschmack der jeweiligen Umgebung richte.

Nachdem Abg. Gamp (Rp.) nochmals auf den einstimmig gewährten Beschluss der Kommission hingewiesen und Abg. Grüüber aus Rücksicht der Sparkasse die Ablehnung gefordert, wird die Forderung bewilligt.

Ebenso wird Titel „Dienstgebäude in Greifswald“, nachdem Abg. Schmidt-Warburg (Cir.) die geplanten Verzierungen an dem Neubau als überflüssig bemängelt hat, bewilligt.

Für Potsdam wird ein neues Dienstgebäude verlangt. Die Zustimmung des Hauses erfolgt unter Annahme der von der Kommission beschlossenen Resolution, die Verwaltung zur Errichtung eines Ziegelsteinbaus aufzufordern.

Den Titel „Dienstgebäude für Schwerin [M.]“ beantragt Abg. Schmidt-Warburg an die Budgetkommission zurückzuverweisen, da sich der ganze Bau als Luxusbau charakteristise. Der Antrag wird nach kurzer Debatte abgelehnt und der Titel bewilligt.

Bei der Forderung für einen Bauplatz in Hamm beantragt Abg. Schmidt-Elberfeld (freis.) Streichung des Titels, da der Bauplatz nicht geeignet sei.

Demgegenüber bittet Abg. Lenzenmann (freis. Bp.) um Bewilligung, da bei der Wahl des Bauplatzes auch das Interesse der kleinen Leute gewahrt sei.

Nachdem sich noch Abg. Hammacher (nati.) für die Bewilligung ausgesprochen, dagegen Abg. v. Leipzig (konf.) den Antrag Schmidt empfohlen, wird der Titel nach einer kurzen Begründung seitens des Direktors Fischer bewilligt; ebenso ohne weitere Debatte der Rest des Extraordinariums.

Zur Beratung stehen weiter die Einnahmen des Poststaats. Auf Porto- und Telegrammbühren sind 245 500 000 Mark angezeigt. Die Budgetkommission hat beantragt, diesen Antrag in Gemäßigkeit der durchschnittlichen Einnahmestiegerung der letzten drei Jahre auf 248 970 000 Mark zu erhöhen.

Abg. v. Staudy (konf.) wünscht Wiederherstellung des niedrigeren Etatansatzes.

Auch Direktor Aschenborn bekämpft die Erhöhung und hält einen vorsichtigen Voranschlag für um so notwendiger, als die letzten Jahre statt der erwarteten Mehreinnahmen Mindererinnahmen ergeben haben.

Abg. Schmidt-Elberfeld (freis.) kommt auf die Frage zurück, welchen Ausfall die Erhöhung des Portos für Briefe von 17–20 Gr. zur Folge haben werde und bezweifelt die Richtigkeit der neulich vom Regierungsrat darüber gegebenen Erklärungen.

Direktor Schäfer tritt für die von ihm gemachten Angaben ein und beziffert den Einnahme-Ausfall auf 5 Millionen Mark.

Abg. Hammacher (nati.) wendet sich gegen den Kommissionsbeschluß. Es läge kein genügender Grund vor, von den alten Grundzügen abzuweichen; die Verantwortung für die Einnahme-Beranschlagung müsse der Regierung überlassen werden.

Abg. Fischer (freis. Bp.) plädiert dafür, daß das Plenum die Beschlüsse der Kommission festhalten müsse. Es handle sich bei dem Voranschlag nicht um „Grundsätze“, sondern nur um eine Schablone. Der Reichstag habe das Recht, auch die Einnahme festzustellen. Die Regierung habe ein naheliegendes Interesse an der niedrigen Beranschlagung, da sie neue Steuern wolle. Der Staatssekretär habe ja selbst in der Kommission das Steigen der Einnahmen seiner Verwaltung gefördert und auf dem bekannten Handelsstattdaten vor ungerechtfertigtem Pejorative gewarnt.

Staatssekretär v. Stephan: Wir haben gar kein Interesse, den Etat möglichst niedrig anzusetzen. Die Verhältnisse haben sich inzwischen ungünstig verändert, so daß wir, um Enttäuschungen vorzubeugen, uns entschließen gegen eine Erhöhung des Etatvoranschlages erläutern. Der Sturm der letzten Tage habe z. B. der Post etwa 600 000 Mark Kosten verursacht. Dies und noch manches andere unvorhergesehene Ereignis falle jetzt ins Gewicht. Es sei gefährlich, die Verantwortung für die Aufstellung des Etats von den Beamten auf die Mitglieder des Reichstages abzuwandeln.

Nach kurzen Aussführungen der Abg. v. Leipzig und Bebel wird der Antrag Staudy abgelehnt und die höhere Etatssumme eingestellt. Auch wird der Etat der Reichsdruckerei genehmigt.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr: Etat des Auswärtigen Amtes. Schluss der Sitzung nach 6 Uhr.

Ein gefährlicher Auftrag.

Roman von Jenny Hirsh.

(Nachdruck verboten.)

(12. Fortsetzung.)

Befreit, doch um welchen Preis! Wie richtig war das Urtheil ihres Vaters gewesen, wie gut hatte er es mit ihr gemeint! Und sie hatte sich aufgelehnt gegen die Hand, die er schützend über sie gehalten, hatte ihn grausam, tyrannisch gescholten, gemeinsame Sache gemacht mit denen, die ihm nach dem Leben trachteten! Ja, trug sie nicht zum großen Theile die Mitschuld? Hätte Ladislaus ohne die Hoffnung, daß sie ihm, war nur ihr Vater nicht mehr im Wege, die Hand reichen würde, den Mörder gegen ihn gedungen?

Seltsamer Widerspruch. Während Regina sich selbst auf das bitterste anklagte, während sie keinen Zweifel daran hegte, daß Ladislaus die Triebe des an ihrem Vater verübten Verbrechens gewesen sei, und sie sich sogar des Verdachtes, daß die Stiefmutter der That nicht völlig fremd geblieben, nicht ganz erwehren konnte, sträubte sie etwas in ihr, an Reisigers Schuld zu glauben. So laut die Thatsachen auch sprachen, Fräulein von Behren war vielleicht die einzige Person, welche seine Erzählung und seine Versicherung, daß er den Mord nicht begangen, nicht für so ganz unglaublich hielt.

Ganz das Gegenteil war mit Frau von Behren der Fall. Seit Reisigers Aussagen ihren Bruder so schwer belastet und dessen gerichtliche Verfolgung veranlaßt hatten, hatte sie einen

Preußisches Abgeordnetenhaus.

16. Sitzung vom 15. Februar.

Das Haus legt die zweite Lesung des Etats mit dem Spezialie iat der Zustimmung fort.

Bei den Einnahmen konstatiert Abg. Schmidt-Erkelenz (Cir.) eine

Mehrereinnahme von 2 Millionen, für das laufende Jahr dürfte die Mehr-

einnahme 5 Millionen betragen. Bei diesen günstigen Ergebnissen ließe sich eine Kostenermäßigung für einzelne Gebiete des Gerichtswesens sehr gut durchführen. Die Regierung möge eine Gesetzgebung in diesem Sinne nicht länger verzögern.

Reg. Kommissar Geh. Justizrat Böttger: Die Regierung habe allerdings die Herabsetzung des Kostenfazies in Grundbuch- und Vermund-

schaftssachen geplant, die derzeitige Finanzlage gestatte aber eine sofortige

Vorlegung des Gesetzentwurfs nicht.

Abg. Böttger (konf.) hält die vom Abg. Schmidt verlangte Kosten-

herabsetzung für ein wirksames Mittel zur Unterdrückung der kapitalistischen

Übermacht und zur Entlastung der Landwirtschaft.

Abg. Böttger (nat.) ersucht den Minister auf Grund der viel-

sach vorgenommenen Beanstandung verschiedener Vornahmen bei den standes-

amtlichen Eintragungen Maßregeln zur Abhilfe der betr. Bestimmungen zu treffen.

Geh. Justizrat Schmidt erblickt die Ursache des allerndings vor-

handenen Nebenstands in einer unrichtigen Auslegung des Gesetzes.

Nach weiteren Ausführungen der Abg. v. Eyneberg (nat.) und

Böttger (nat.) ersucht Abg. Dr. Arendt (frz.) den Minister, dahin

zu wirken, daß bei Eintragung von Hypothekenschulden die Klammer, daß die Rückzahlung in Gold zu erfolgen habe, als entbehrlich künftig gestrichen

werde.

Justizrat Dr. Schelling: Das Kammergericht habe diese

Klammer als zulässig erachtet, er sei nicht in die Lage diese aufzuheben.

Abg. Brandenburg (Cir.) wünscht eine Aufbesserung der Gehälter für die Richter.

Geh. Rath Bierhaus: Die bezügl. Bestrebungen seien zwar gemacht

worin, dieselben seien jedoch auf bedeutende Hindernisse gestoßen.

Abg. Mundel (frz. Bp.) bedauert, daß seitens der Regierung noch

immer nicht die notwendige Zahl der Richter gefordert wurde. Viele Hilfs-

richter und Referendare würden als unentgeltliche Arbeiter in der Justiz ver-

wendet. Redner schildert die traurigen Verhältnisse in den Gerichtsgebäuden, wo die Richterzimmer oft so beschaffen sind, daß man annehmen möchte, die Richter sollten darin lernen, wie es einem Gefangenen zu Muthe ist.

Redner fragt, wie sich der Minister zur Frage der Beschränkung des Retentionsrechtes und zur Sicherung der Rechte der Bauhandwerker stellt.

Minister Dr. v. Schelling ist bereit, die beiden Materien für

Preußen zu regeln, wenn der Reichstag die einzelstaatliche Erledigung dieser

Frage wünschen sollte.

Nach kurzer Debatte über das Hinterlegungsverfahren erörtert Abg.

Radby (Cir.) die Verhältnisse der Rechtsanwälte und schildert mehrere

bei Einzelfällen vorgekommenen Missstände.

Abg. Dr. Kraatz (B. f. Dr.) erklärt die allgemeine Abneigung des

Publikums gegen die Gerichte aus der Unzulänglichkeit des neuen Prozeß-

verfahrens, vielleicht empfiehlt sich neben dem mündlichen noch ein schrift-

liches Verfahren.

Minister Dr. v. Schelling stimmt der Reformbedürftigkeit des

Civilprozeßverfahrens zu; er habe bereits Vorstellungen, die vielfach mit

den Ideen des Vorredners zusammenfallen, dem Reichstagsabgeordneten.

Nach weiterer unbedeutender Debatte erklärt der Minister auf eine An-

regung des Abg. v. Möllchen, daß er sich mit dem Oberlandesgerichtspräsidenten in Breslau darüber ins Einvernehmen setzen wolle, daß Schwur-

gerichtssitzungen in der ersten Januar- und Julimöche nicht abgehalten

werden.

Nach Verhandlungen über das Kapitel „Land- und Amtsgerichte“ ver-

tragt das Haus die Weiterberatung auf Freitag 11 Uhr.

Schluss: 4 Uhr.

Preußisches Herrenhaus.

5. Sitzung vom 15. Februar.

Berathen wird zunächst der mündliche Bericht der Eisenbahnenkommission über die übersichtliche Darstellung des Ergebnisses der Verhandlungen des Landesbahnenrats im Jahre 1893.

In der Beratung gab der Eisenbahnenminister Thiele eine wichtige

Erklärung über die Staffelfahrts ab. Er führte aus: Bereits im vorigen

Jahre hat die bayerische Regierung die preußische Regierung davon in Kenntnis gebracht, daß über die Wirkung der preußischen Staffelfahrts große

Besorgnis herrsche, die es der bayrischen Regierung zur Pflicht mache,

sich mit Preußen hierüber in Verbindung zu setzen. Dies gehöre zu einer

Zeit, wo von dem russischen Handelsvertrag noch keine Rede war. Zu

den Verhandlungen mit den bayerischen Abgeordneten wurde das Material

geichtet, und die Verhandlungen werden heute und morgen fortgesetzt.

Welches Ergebnis dieser haben werden, läßt sich nicht übersehen, eben-

sowenig, welche Stellung die preußische Regierung den Wünschen der

bayerischen Regierung gegenüber einnehmen wird. Die übrigen süddeut-

schen Staaten haben ebenfalls Reaktionen gegenüber den Staffelfahrts

an der bayerischen Regierung erwartet, welche voraussichtlich am 26. d. M. beginnen

werden. Daraus ergibt man, daß die Annahme, die bayrische Regierung

habe eine bestimmte Stellung im Bundesrat eingenommen, nicht richtig

ist, ebensoviel die Annahme, daß die preußische Regierung bereits über die

Staffelfahrts Beschluss gefaßt habe. Weiter erklärt der Minister auf

eine Bemerkung des Frhns. v. Stumm, daß die süddeutschen Staaten nur dahin

streben, die Wirkungen der Staffelfahrts auf den bisher von ihnen be-

herrschten Märkten herabzumindern. Darauf hin gingen die Bestrebungen

schon seit Jahr und Tag; die Sache habe sich nur zeitlich zugespielt mit dem russischen Vertrag.

Die Neuigkeiten des Ministers wurden allseitig befriedigt ausge-

nommen und alsdann von dem Bericht der Eisenbahnenkommission kennt-

nis genommen.

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr. (Vergleiche Novelle.)

Russland.

Oesterreich-Ungarn.

Wie verlautet, werden Kaiser Franz Joseph und die Kaiserin Elisabeth demnächst an der französischen Riviera in Nizza oder Mentone einige Zeit zur Erholung verbringen. — Die Arbeitersstreiks in der Gegend von Reichenberg in Böhmen sind jetzt zum Abschluß gekommen.

Großbritannien.

Der deutsche Kaiser wird auch in diesem Sommer zur Regatta auf der Insel Wight erwartet und etwa die erste Augustwoche dort verweilen.

Der Khedive von Egypten

Gericht verbreitete, daß der Tod die Folge der Aussehung sei, so wurde die Leiche auf Anordnung der Staatsanwaltschaft zu Thorn durch den hiesigen und den schweren Kreisphysikus seziert. So viel man erfährt, ist aber nichts ermittelt worden, was diesen Verdacht bestätigt.

— **Kulm.** 13. Februar. (D. 3.) Die früher gehegten Erwartungen, daß mit Gründung der Eisenbahn-Börde-Kulm unteren Verkehrsverhältnissen die wünschenswerthe Verbesserung zu Theil werden würde, ist nicht in Erfüllung gegangen. Mit Einführung des diesjährigen Sommerfahrplans aber erfahren wir in unseren Eisenbahnverbindungen von und nach Thorn über Kornatowo noch eine wesentliche Verschlechterung. Denn während der letzte Zug aus Kulm jetzt erst um 8,15 Abends abgeht, soll vom 1. Mai die letzte Verbindung mit der Thorn-Marienburger Bahn schon mit Zug 1287 — ab Kulm 6,25 Abends — erfolgen, da der Zug 1289 — ab Kulm 8,15 Abends — wohl wie der Zug 1288, welcher aus Kornatowo nach Ankunft des letzten Zuges aus Thorn um 7,20 Abends nach Kulm abgeflossen wird, mit Einführung des Sommerfahrplans aufgehoben werden sollen. In Folge dessen müssen künftig die mit dem letzten Zuge von Thorn nach Kulm Reisenden in Kornatowo 1½ Stunden, Reisezeit von Kulm nach Thorn dagegen noch länger (1 Stunde 40 Minuten) dort warten, bevor sie weiterfahren können. Unsere Stadt ist somit in ihren Eisenbahnverbindungen so ungünstig gestellt wie nur möglich.

— **Graudenz.** 14. Februar. Ein Vorfall im hiesigen Gymnasium hat in der Stadt peinliches Aufsehen gemacht. Bei den Feier an Kaisers Geburtstag blieb, nach der "D. A. B.", der israelitische Sekundaner M. beim Hoch auf den Monarchen sitzen und weigerte sich auch auf wiederholte Aufforderung seiner Mitschüler, aufzuhören. Die Sache kam zur Kenntnis des Direktors und bei der folgenden Untersuchung stellte es sich heraus, daß M. seit einiger Zeit sozialdemokratische Flugschriften und Blätter unter seinen Klassegenossen verbreitet hatte. Das Lehrerkollegium bestrafte ihn mit einstätigem Karzer.

— **Marienwerder.** 14. Februar. Aus allen Theilen des Kreises laufen fortgesetzte Berichte über die durch den fortgesetzten Sturm angerichteten Vermüllungen ein. Auf dem Herrn Kurtius gehörigen Vorwerk Kirchenjahn bei Czerniakow war der Ofen einen Stall um, in welchem sich ca. 250 Schafe und 19 Füllen befanden. Eine größere Menge Schafe, sowie 7 Füllen wurden getötet, leider sind auch der Schäfer bei der Katastrophe seinen Tod.

— **Elbing.** 14. Februar. In der heute Nachmittag hier abgehaltenen Versammlung von Interessenten der metallurgischen Industrie der Provinzen Ost- und Westpreußen und Posen gelangte eine Resolution zu Gunsten des russischen Handelsvertrages einmütig zur Annahme, in welcher es zum Schlusse heißt: Eine patriotische Pflicht jedes Abgeordneten, ohne Unterschied der politischen Stellung und des Berufs, ist es, für den Handelsvertrag zu stimmen und energisch für dessen Annahme im Reichstage einzutreten.

— **Aus Ostpreußen.** 13. Februar. (E. 3.) Daß im ersten Gerichtsleben mitunter auch recht scherhaftige Schriftstücke eintreffen, zeigt folgender Brief eines ländlichen Biedermanns, den dieser an das Landgericht zu N. sandte, um ein Paar Stiefel, die ihm gestohlen waren, und die sich als Ueberführungsstück gegen den ermittelten Dieb in Bewahrung des Gerichts bestanden, zu erlangen: „Löwen Härr Gerichtshof. Da ich ein armer Mann bin und noch immer nicht meine Stiebel haben thun, die mich damals der verschlagene Kärdel gestohlen hatte in W., so ging ich vor einigen Tagen bei die Härrens auf das Gericht in W., ob sie mich nicht die Stiebel rausfer gäben möchten. Der Härrens waren sehr anständig zu mir und sagten die Stiebel sind in N. gerichtet. Die eine von die Härrens war so ein guter Härr und schrieb mich dieses Zettelche, was drin ist. Nu hab ich aber doch ganz vergesse, ob es wörltlich der hoge Härr Gerichtshof is wo die Stiebel hängen oder ob ja der Härr Staatsanwalt verwohrt hat. Wenn der meine langschlächtige Stiebel hat, dann bitte ich dem grädig Härrn Staatsanwalt dieses Briefe ze weife, denn wölt er mich die Stiebel schon schöde. Meine wärte Adresse is An den Eigentäther Wilhelm Kerner in Schmack, aber schöde je doch man balt die Stiebel, meine Frau is zu ädlich und quort ömmer und sagt ömmer die Stiebel kriegst doch woll nich nie zu sühnen. Aber ich wäs gewiß das der Herr Gerichtshof se mich schöden wörd. Vergesse se doch man nich es wören so gute par lange Stiebel se passe so jörches gutt.“

— **Elitz.** 13. Februar. (Tl. Allg. Blg.) Eine sensationelle Amtsentlastung macht in dem benachbarten Neukirch viel von sich reden. Durch eine Verfügung des Kgl. Konsistoriums zu Königsberg ist der kommissarische Hilfsprediger Herr C. plötzlich seines Amtes entfeist worden. Angeblich soll Herr C. auf einem einer Trauung nachfolgenden Diner angebrunnen gewesen sein, was aber von den Theilnehmern an dem Essen besritten wird.

— **Bromberg.** 13. Februar. In dem hohen Alter von 105 Jahren starb dieser Tage in Miloslaw die vermüttete Nathan. Dieselbe war zwar seit vielen Jahren erblindet, aber sonst bis zu ihrem Tode körperlich rüstig.

SOCIALES.

Thorn, den 16. Februar 1894.

♀ Personalnachrichten bei der Eisenbahndirection in Bromberg
Gestorben: Stationsvorsteher 2. Klasse von Jacko von Riga en, Güterevidient Schulz in Konitz, Bahnhofmeister Weiß I in Dr. Krone.

† Todesfall. Der Regierungs- und Baurath Monscheuer, früher Baudirektor in Thorn, ist in Wiesbaden gestorben.

♂ Handwerkerverein. Gestern Abend hielt Herr Archivar Tiezen einen Vortrag über die Geschichte der Thorner Stadtwaldungen. Der Redner führte folgendes aus: Die Stadt Thorn war seit 400 Jahren im Besitz ausgedehnter Stadtwaldungen. Den Grundbesitz extra muros hat sie aber im ersten Drittel dieses Jahrhunderts zum größten Theile verloren, nicht durch Schuld der städtischen Verwaltung, sondern durch das Darniederliegen der landwirtschaftlichen Verhältnisse und durch die neuere Gesetzgebung (Ratongesetze). Der ursprüngliche Stadtwald war so alt wie die Stadt selbst, indem der Deutsche Orden der Stadt einen Umfang des Weichbildes von 70 Kilm. Hufen (zu je 65 Morgen) anwies. Die südliche Grenze dieses Weichbildes reichte bis Smolnik, zog sich dann bis Barbarken und weiterhin über Rubinkowo und Kaszczorek nach der Weichsel. Bei einer späteren Revision, im Jahre 1332, stellte es sich heraus, daß das Weichbild weit größer war; die Stadt hatte also inzwischen erhebliche Waldkomplexe hinzugewonnen. Die Stadt lag inmitten des Waldes; wo jetzt das Bromberger Thor ist, begann schon der Wald, und die heutigen Städtchen von Mocker, Lukan, Lissom, Papau, Gremboczyn, Leibitsch bedeckte damals dichter Wald. Das Holz hatte geringen Wert und wurde daher gar nicht bewirtschaftet. Als Aufseher waren die Waldknechte angestellt, welche ihren fälligen Lohn durch die Verwertung von Honig und Wachs aufbesserten. Die Forstskünste der Stadt bestanden ausschließlich in dem Erlös aus diesen beiden Produkten, die aber nicht in rationeller Bienenzucht erzielt, sondern von wilden Stämmen aus den Beutelbäumen gewonnen wurden. Im Archiv sind alte Rechnungen vorhanden, die aber niemals von Verwertung des Holzes, sondern nur von Honig und Wachs sprechen. Beide Produkte hatten damals hohen Wert, und die Stadt erzielte daraus, wie die angeführten Jahresrechnungen nachweisen, ganz bedeutende Einnahmen. Bei der Wichtigkeit dieser Einnahmen für den städtischen Sädel erließ der Rath im Jahre 1592 eine Bienerordnung, welche 3 Bienerbezirke festlegte. Außerdem verbot der Rath Kraft der "Willkür" einer Reihe umliegender Orte die Bienenzucht, schuf sich also ein einträgliches Monopol. Im Jahre 1457 gelangte Thorn durch Kazimir IV. in den Besitz vieler Dörfer mit großen Waldungen. Im Jahre 1610 erfolgte der Ankauf des Waldes Steinort. In den Jahren von 1610—1616 wurden noch 3 große polnische adlige Besitzungen zu Renczau angekauft. Das Jahr 1616 bildet den Schlusspunkt dieser Käufe mit der Erwerbung des bedeutenden Waldkomplexes des sog. Richtenauer Schlosses, wofür an den Besitzer, einen polnischen Edelmann, 40000 Gulden bezahlt wurden, ein Beweis für den Umfang dieser Begüterung. Seitdem begann eine würe Raubwirtschaft. Die abgeholzten Flächen wurden nicht mehr aufgeföhrt, sondern mit Biech beweidet. Es entstanden große

wüste Sandflächen, und die Bäcker- und Hasenberge lassen noch jetzt erkennen, wie sie aus Sandmulden entstanden sind. Im Jahre 1793 konstatirte der städtische Oberförster den traurigen Zustand des Waldes in allen Revieren. Im Jahre 1818 beschloß die Verwaltung, den Boden nicht weiter zu kultivieren. Späterhin begannen die großen Festungsbauten, welche die Freilegung des Terrains nötig machten. Die in neuerer Zeit erfolgte Anlage der Forts schob das freie Terrain noch weiter hinaus, und wo früher prächtige Wälder das grüne Haupt gen Himmel streckten, sehen wir jetzt weite baumlose, zum Theil ertraglose Flächen. Allerdings hat die Stadt für die Übertretung von Land und Waldbeständen im Ganzen gegen 900000 M. Entschädigung erhalten. Neuerdings aber geht die Stadt rüstig daran, ihren Wald wieder zu ergänzen. So sind Ollek und andere Wälder neu erworben, und jetzt besitzt die Stadt den inneren erheblichen Waldbestand von 15000—16000 Morgen, der im letzten Jahre 53500 M. Überschüß brachte. Dank der rationellen Forstwirtschaft wird sich dieser Extrag immer mehr steigern. Zum Schluß denken wir der Männer, welche der Stadt wenigstens einen Theil ihres Besitzes erhalten und ihr erweiterten. Es sind dies der Oberbürgermeister Melitta (+ 1830), der Postmeister Rosenow und die Stadträthe Heppner und Donisch. — Herr Archivar Tiezen wurde lebhafter Besuch gezollt. Einen Theil des Vortrages mußte Herr Tiezen, da durch ein Augenleiden seine Sehkraft bedauerlicherweise sehr geschwächt ist, durch einen anderen Herrn vorlesen lassen. Um so anerkannter werther ist die große Mühewaltung die Herr Tiezen auf diesen interessanten Theil unserer Stadtgeschichte verwendet hat. — Herr Drechslermeister Voettler trug hierauf eine Brandschägungsrechnung der Schweden an die Stadt aus dem Jahre 1703 vor. — Eine im Fragefall vorgefundene Frage, ob ein Dienstmädchen unter 16 Jahren verpflichtungspflichtig sei, wurde verneind beantwortet. — Zum Schluß drückte der Vorsitzende, Herr Stadtbaurath Schmidt, sein Bedauern über den sehr schwachen Besuch der Versammlung aus. Es werde sich schließlich niemand mehr zur Übernahme eines Vortrages bereit finden lassen, wie dies schon in einigen Fällen geschehen sei. Der Vorsitzende machte noch darauf aufmerksam, daß am Sonnabend das Stiftungsfest des Handwerkervereins im Nicolaïschen Saale stattfindet.

4. Kopernikusverein. In der Monatssitzung des Kopernikusvereins am 12. d. Mts. wurde zunächst über die Vergabeung der Stipendien beschlossen. Die Bekünigung der Stipendiaten erfolgt gemäß des Statuts in der öffentlichen Jahresitzung am 19. d. Mts. Diese Jahresitzung findet um 6 Uhr statt, und ihr folgt ein zwangloses Beisammensein der Mitglieder bei Bö. Das Vereinsjahr schließt an diesem Tage als dem Geburtstage des Kopernikus. Der Schatzmeister legte die von Herrn Glückmann geprägte Rechnung vor. Die Versammlung ertheilte Entlastung und genehmigte zugleich den Voranschlag für das nächste Jahr. Im Laufe desselben soll das 9. Heft der Mittheilungen des Vereins erscheinen, in welchem die Siegel des Thorner Rathssarchivs, soweit sie den Ordensstaat betreffen, veröffentlicht werden. Bearbeiter ist Herr Landrichter Engel. Die erforderlichen Kosten wurden von der Versammlung bewilligt. Ferner soll bei Gelegenheit des Geburtstags von Kopernikus das im Jahre 1873 von Herrn Direktor Dr. Brome verfaßte Festdrama am Primaer und Selekterinnen vertheilt werden. Endlich bewilligt der Verein die Kosten für Herbeischaffung zweier in München aufgefundenen Handschriften von Rheticus, Kopernikus berühmtem Freunde und Anhänger. — Den Vortrag hielt Herr Konrektor Majdorff über Alphonse Daudets humoristische Romane, welche in der Person Tartarin von Tarascon das prahlertisch leichtfertige Wesen der Provençalen, welches genau genommen das der Franzosen im Allgemeinen ist, mit einer Schalkhaftigkeit gezeichnet, die sich der Verfasser um so eher gestatten darf als er selbst ein Provençal ist, und sich damit gewissermaßen selbst dem Gelächter preisgibt.

5. Zum Besten des Frauenvereins für Armen- und Krankenpflege zu Mocker findet am Sonntags, 18. o. M. Abends 7½ Uhr im Wiener Café ein geselliges & ergnügen statt, bei welchem eine Partie gespielt und musikalische Vorträge die Zuhörer unterhalten werden.

Vortrag Morgen (Sonnabend) Nachmittag 3—5½ Uhr wird der Professor der Reichenlehre Dionys Juntha de Barjala in der Aula der Bürgerschule einen Vortrag halten über seine Erfindung: „Die Bervielzählung der Stickmuster auf allen Stoffen mit Haussmittel und Aufbringung bzw. Einzähnung von Zeichnungen auf Glas.“ Der Vortrag erfolgt mit Demonstrationen und ist unentgeltlich. Im übrigen verweisen wir auf das Inserat in heutiger Nummer.

* Provinzial-Ausschuß. Behuß weiterer Vorbereitung von

Vorlagen für den Provinzial-Landtag wird der westpreußische

Provinzial-Ausschuß am Tage vor dem Juliamittwoch des Provinzial-Landtages, 26. Februar, sich in Danzig wieder zu einer Sitzung versammeln. Es sollen namentlich über die Vorlagen, betreffs der Kleinbahnen, Auschmückung des Landesbautes, Provinzial-Zrenanistalt Konradstein, Bewilligung von 1½ Mill. Chausseebauämtern und Beihilfe für Verlängerung des Münsterwalder Flügeldeiches vorbereitende Beschlüsse gefaßt werden.

* An Wechselstempelsteuer wurden für die Zeit vom 1. April 1893 bis Ende Januar 1894 im Overpostdirektionsbezirk Danzig 85247,30 M. eingenommen, gegen den entsprechenden Zeitraum des Vorjahrs 3277,20 M. mehr.

○ Circus. Wie wir hören, gedenkt der Circus E. Blumenfeld Woe. Anfang April hier einzutreffen und 3 Vorstellungen zu geben. Wir werden s. B. näheres über dieses Unternehmen mittheilen.

v. Erledigte Stellen für Militäranwärter. Danzig, Kaiserl. Ober-Postdirektion, Landbriefträger, 650 M. Gehalt und der tarifmäßige Wohnungsgeldzuschuß, steigt bis 900 Mark jährlich. Elbing. Polizei-Berwaltung, Polizei-Vergeant, 950 M. Gehalt jährlich 10% Wohnungsgeldzuschuß und 108 M. Uniformzölle pro Jahr, steigt bei guter Führung von 5 zu 5 Jahren um 150 M. und 10% Wohnungsgeldzuschuß. Neidenburg. (Ostpr.), Magistrat, 2. Polizei-Vergeant, jährlich 600 M., freie Wohnung oder 90 M. mit täglicher Bezahlung, 18 M. Holz mitzubringen, Publikationsgebühren nicht feststehend, alle 2 Jahre ein Uniformrock und Dienstmütze. Neidenburg (Ostpr.) Magistrat, Schuldenz. 336 M. jährlich, freie Wohnung im Schulzause, freier Brennbedarf. Thorn, Königl. Amtsgericht, Kanzleigehilfe, 5 bis 6 Pfg. pro Seite, abhängig vom Fleiß und Geschick.

○ Feuer. Gestern in der achten Morgenstunde brannte das Wohnhaus und Stallgebäude des Besitzers Ernst Witt in Gursie total nieder. Bei dem bis jetzt unaufgeklärten Brande gingen vier Stück Rindvieh und drei Schweine, sowie fast sämlich Mobilien, Hausratthe und Futtervorräthe zu Grunde. Der Schaden beläuft sich auf ca. 10 000 M.

+ Schwurgericht. In der heutigen Sitzung wurde verhandelt gegen den Krebschandler August Rosinski aus Oettino, die Arbeiterin Eva Jobs dauer und den Besitzer Johann Melcher aus Petersdorf wegen Wissensstoffs des bedeutenden Waldkomplexes des sog. Richtenauer Schlosses, wofür an den Besitzer, einen polnischen Edelmann, 40000 Gulden bezahlt wurden, ein Beweis für den Umfang dieser Begüterung. Seitdem begann eine würe Raubwirtschaft. Die abgeholzten Flächen wurden nicht mehr aufgeföhrt, sondern mit Biech beweidet. Es entstanden große

wüste Sandflächen, und die Bäcker- und Hasenberge lassen noch jetzt erkennen, wie sie aus Sandmulden entstanden sind. Im Jahre 1793 konstatirte der städtische Oberförster den traurigen Zustand des Waldes in allen Revieren. Im Jahre 1818 beschloß die Verwaltung, den Boden nicht weiter zu kultivieren. Späterhin begannen die großen Festungsbauten, welche die Freilegung des Terrains nötig machen. Die in neuerer Zeit erfolgte Anlage der Forts schob das freie Terrain noch weiter hinaus, und wo früher prächtige Wälder das grüne Haupt gen Himmel streckten, sehen wir jetzt weite baumlose, zum Theil ertraglose Flächen. Allerdings hat die Stadt für die Übertretung von Land und Waldbeständen im Ganzen gegen 900000 M. Entschädigung erhalten. Neuerdings aber geht die Stadt rüstig daran, ihren Wald wieder zu ergänzen. So sind Ollek und andere Wälder neu erworben, und jetzt besitzt die Stadt den inneren erheblichen Waldbestand von 15000—16000 Morgen, der im letzten Jahre 53500 M. Überschüß brachte. Dank der rationellen Forstwirtschaft wird sich dieser Extrag immer mehr steigern. Zum Schluß denken wir der Männer, welche der Stadt wenigstens einen Theil ihres Besitzes erhalten und ihr erweiterten. Es sind dies der Oberbürgermeister Melitta (+ 1830), der Postmeister Rosenow und die Stadträthe Heppner und Donisch. — Herr Archivar Tiezen wurde lebhafter Besuch gezollt. Einen Theil des Vortrages mußte Herr Tiezen, da durch ein Augenleiden seine Sehkraft bedauerlicherweise sehr geschwächt ist, durch einen anderen Herrn vorlesen lassen. Um so anerkannter werther ist die große Mühewaltung die Herr Tiezen auf diesen interessanten Theil unserer Stadtgeschichte verwendet hat. — Herr Drechslermeister Voettler trug hierauf eine Brandschägungsrechnung der Schweden an die Stadt aus dem Jahre 1703 vor. — Eine im Fragefall vorgefundene Frage, ob ein Dienstmädchen unter 16 Jahren verpflichtungspflichtig sei, wurde verneind beantwortet. — Zum Schluß drückte der Vorsitzende, Herr Stadtbaurath Schmidt, sein Bedauern über den sehr schwachen Besuch der Versammlung aus. Es werde sich schließlich niemand mehr zur Übernahme eines Vortrages bereit finden lassen, wie dies schon in einigen Fällen geschehen sei. Der Vorsitzende machte noch darauf aufmerksam, daß am Sonnabend das Stiftungsfest des Handwerkervereins im Nicolaïschen Saale stattfindet.

— Schweinefisch. Heute wurden 233 Schweine aus Russland über Orlotschin in das heutige Schlachthaus eingeführt.

— Auf temperatur heute am 16. Februar 8 Uhr Morgens: 4 Grad R. Kälte.

* Berl. 8 Personen.

○ Von der Weichsel. Heutiger Wasserstand der Weichsel 2,75 Meter. Das Wasser ist langsam weiter gestiegen.

Eigene Drath-Nachrichten

der "Thorner Zeitung"

Warschau, 16. Februar. (Gingegangen 5 Uhr 25 Minuten.)
Heutiger Wasserstand der Weichsel 3,12 Meter.

Telegraphische Depeschen

des "Hirsch-Bureau."

Berlin, 15. Februar. Nach den jetzt vorliegenden Meldungen sind in Deutschland dem Sturme der letzten Tage 21 Menschen zum Opfer gefallen, während 450 Personen Verletzungen davon getragen haben.

Paris, 15. Februar. Gestern Abend erfolgte am Palast Elysee eine Detonation, welche auch in den angrenzenden Häusern große Beschwörung hervorrief. Die Untersuchung ergab, daß ein Militärposten Selbstmord versucht habe.

Paris, 15. Februar. Es wird ein neuer franco-englischer Zwischenfall gemeldet. Die englischen Polizei-Truppen sollen ein französisches Dorf in der Provinz Somme besetzt und die Einwohner gezwungen haben, sich ihnen anzuschließen. Die französischen Truppen greifen die englischen an. Ein französischer Soldat wurde verwundet und entwaffnet und fünf Gefangene, welche zu den englischen Truppen gehörten, wurden getötet. Die französischen Kulturausländer wurden zum größten Theil zerstört.

Briefkasten.

Herrn Gr., Schönsee per Podwiz. Da bereits versehen, mit Dank abgelehnt.

Für die Redaktion verantwortlich: Oswald Knoll in Thorn.

Hu b m i s s i o n e n .

Bromberg. Kgl. Reg.-Baumeister Gersdorf. Abbruchs-, Erd- und Maurerarbeiten, Maurermaterialien, Asphalt-, Staaten-, Steinme-, Steinsezer- und Zimmerarbeiten einschl. Material, Schmiede- und Dachdeckerarbeiten zum Erweiterungsbaue der evangelischen Kirche zu Schult. Termin 26. Februar. Bedingungen gegen Erstattung der Abschlagsgebühren.

Wasserstände der Weichsel und Brahe.

Morgens 8 Uhr

Reichs-	Thora	Wart	Brzez.

<tbl_r cells="4" ix="3" maxcspan="1" max

Bekanntmachung.

Diejenigen Personen, welche infolge ihrer Theilnahme an den von deutschen Staaten vor 1870 geführten Kriegen invalide geworden und als solche anerkannt sind, werden hierdurch aufgefordert, sich behufs Gewährung der höheren Gebühren auf Grund des Gesetzes vom 14. Januar 1894 baldigst bei dem unterzeichneten Bezirks-Kommando unter Vorlegung ihrer sämtlichen Militärpapiere und Vorbescheide, sowie des Pensions Quittungsbuches persönlich oder schriftlich zu melden.

Thorn, den 5. Februar 1894. (652)

Königl. Bezirks-Kommando.

Bekanntmachung.

Der Professor der Zeichenlehre, Herr Dionys Fintha de Várfalva wird Sonnabend den 17. d. Mts., Nachmittags von 3 bis 5½ Uhr in der Aula der Knabenmittelschule einen Vortrag halten über seine Erfindung „die Verbielärtigung der Stadtmuster auf allen Stoffen mit Haushaltmittel und Aufbringung bzw. Einäsung von Zeichnungen auf Glas“ mit gleichzeitigen Demonstrationen, so daß den Anwesenden die Erklärung gleich möglich ist.

Zu diesem Vortrage laden wir mit dem Bemerkern ergebenst ein, daß der Eintritt unentgeltlich ist. Es wird sich empfehlen, wenn die Theilnehmer sich mit Notizbuch oder Papier und Blei versehen, um Notizen machen zu können. (755)

Thorn, den 15. Februar 1894.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Mittwoch, d. 21. Febr. d. J., Vormittags 11 Uhr, findet im Mühlen-Gasthaus Barbaren ein Holzverkaufstermin statt.

Zum öffentlich meistbietenden Verkauf gelangen:

I. Barbaren: ca. 500 fm Kiefern-Rugholz im Schlag, Jagen 4, darüber eine größere Anzahl Spalt und Rundlatten, (Leiterbäume), ferner Kloben, Spaltknüppel, Reißig 1. und Stubben.

A u b e r d e m (an der Förserei Barbaren lagernd) ca. 100 fm Erlenkloben und Knüppel sowie Erlenstrachhaufen und ca. 15 fm Erlen- und Birken-Rugjäume.

I. Olfet: (an der Rosenberger Grenze): Kiefern-Kloben, Knüppel, Reißig 1. und 3. Klasse (Strauch).

Ferner ca. 5 fm Eichen-Rugjäume, sowie einige Eichenkloben und Rundknüppel.

Bei Choran: ca. 300 fm Erlenkloben und Knüppel sowie Erlenstrachhaufen. (649)

Thorn, den 7. Februar 1894.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Am Dienstag, den 20. Februar 1894, Vorm. 10 Uhr soll das an der Hilfsförsterei Thorn (Bromberger Vorstadt) aufgestellte Holz und zwar:

26 fm Kiefern-Kloben,
10 " " Stubben,
ca. 80 " " 3. Kl. (Strauch)
sowie ca. 300 fm einjähriger Korbweiden an Ort und Stelle öffentlich meistbietend gegen Baarzahung verkauft werden. (651)

Thorn, den 7. Februar 1894.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Zum Verkauf des dem Kreise Thorn gehörigen alten Chaussiegelderbehe- Stabiliessens in Rogosko haben wir einen neuen Termin auf.

Freitag, d. 23. Februar cr.,

Vorm. 11 Uhr

in unserem Sitzungssaale, Heiligegeist- straße Nr. 11 anberaumt, zu welchem Bietungslustige hierdurch eingeladen werden.

Die Zulassung zum Gebot ist von Hinterlegung einer Kauflistung von 50 M. abhängig. Die Verkaufsbedingungen können während der Dienststunden im Bureau der unterzeichneten Behörde eingesehen werden. (752)

Thorn, den 14. Februar 1894.

Bekanntmachung.

Der Kreis-Ausschuß. Krahmer.

Ziegelsteine.

Für den Bau der Kanalisation werden noch 500 000 Ziegelsteine gebraucht. Diese sind vom April d. J. ab frei Baustelle anguliert. Probe steine und schriftliche Angebote sind bis zum 20. d. Mts. an das Stadtbauamt II einzusenden. (754)

Thorn, den 15. Februar 1894.

Der Magistrat.

Zur Aufnahme der Gasmesserstände und Einziehung der Rechnungen findet ein

zuverlässiger Mann

Beschäftigung in der (713)

Gasanstalt.

Verein junger Kaufleute

„Harmonie“.

Sonnabend, den 17. Februar,

Abends 8½, Uhr:

Im großen Saale d. Artushofes

II. Wintervergnügen.

Die Einführung von Nichtmit-

gliedern ist nicht gestattet. (643)

Der Vorstand.

Hugo Burghardt in Erfurt 3 (Thür.)

empfiehlt zu Engrospreisen seine allzeitig als vorzüglich an-

erkannten

Cigarren-Fabrikate

in der Preislage von 30-250 Mark pro Mille.

Stark begehrte und billige Marken sind:

Flor de Togo, mittelgroß, per 100 St. 3,- M.

Honoras " " " 3,40 "

Erika " " " 3,60 "

St. Paulo " " " 3,80 "

Postura " " " 4,- "

El Reclamo groß " " " 4,40 "

El Cabo " " " 4,80 "

Baru mittelgroß " " " 5,50 "

Ausführliche Preisliste kostenfrei zur Verfügung. Versand nur

gegen Nachnahme oder Vorherreinsendung des Betrages. — Garantie: (650)

Zurücknahme.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Vollständig in 96 Lieferungen à 50 Pfennig.

(4391)

Zu beziehen durch die Buchhandlung Walter Lambeck.

Zu beziehen durch die Buchhandlung Walter Lambeck.</